

Der EU-KandidatInnen-Check

Meine Antworten zur EU-Saatgutverordnung

In der EU wird eine neue Saatgutverordnung erarbeitet, die den freien Tausch und Handel mit Saatgut noch schwieriger machen würde. Dieser Verordnungsentwurf wurde vom Umwelt- und Agrarausschuss sowie dem Plenum des Europa-Parlaments abgelehnt.

Nach den EU-Wahlen im Mai diesen Jahres wird sich entscheiden, ob an dem bisherigen Entwurf weitergearbeitet wird oder er von der EU-Kommission zurückgezogen wird.

[Save our Seeds](#) schickte den deutschen SpitzenkandidatInnen einen Brief mit fünf Fragen zum Thema Saatgut und die EU-Saatgutverordnung. Hier sind ihre Antworten:

Vorname: Joachim

Nachname: Schuster

Politische Partei: SPD

Meine wichtigsten Parteiämter: Bremer Kandidat für die Wahl zum Europäischen Parlament

1. Saatgutgesetzgebung: In der kommenden Legislaturperiode wird das Parlament vermutlich über einen revidierten Vorschlag zur Saatgutgesetzgebung diskutieren und abstimmen. Welches Leitprinzip werden Sie Ihrer Arbeit zum Saatgutverkehrsgesetz zu Grunde legen?

Das Saatgutgesetz muss mehrere Ziele zufriedenstellend berücksichtigen:

- *Bereitstellung von qualitativ hochwertigem und gesundem Saatgut in ausreichender Menge*
- *Erhalt der Artenvielfalt, also auch Bewahrung von altem Saatgut und traditionellen Kulturpflanzen*
- *Zugänglichkeit auch für kleinere und lokalen Produzenten zu akzeptablen Preisen*

2. Öko-Landbau: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass nicht nur wenige Hohertrags-Sorten für den konventionellen Landbau als Sorte registriert werden können, sondern auch Sorten Teilmärkte wie den Öko-Landbau oder regionale Spezialitäten?

Der Erhalt der Artenvielfalt und auch traditionellen Sorten erfordern es aus meiner Sicht, dass nicht nur wenige Hohertrags-Sorten für den konventionellen Landbau als Sorte registriert werden können. Es muss möglich bleiben auch Sorten für Teilmärkte vorzuhalten. Dies ist m.E. auch erforderlich, um die Dominanz großer Agrarkonzerne zurückzudrängen.

3. Saatgutarbeit: Die Erhaltung und Weiterentwicklung der genetischen Vielfalt braucht nicht nur professionelle ZüchterInnen, sondern auch BäuerInnen, ErwerbsgärtnerInnen und sogar HobbygärtnerInnen, die sich des Themas annehmen. Da diese den Verkauf des Saatguts nicht gewerblich betreiben, wirft er keine Gewinne ab, sondern ist höchstens kostendeckend. Eine aufwändige Registrierung der Sorte lohnt sich daher nicht. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass diese Art der Saatgutarbeit außerhalb des Rechtsrahmens, ohne Registrierung möglich ist?

Ob es erforderlich ist, derartige Saatgutarbeit außerhalb des Rechtsrahmens zu ermöglichen, oder ob dies auch innerhalb des Rechtsrahmens realisiert werden kann, kann ich zur Zeit nicht beurteilen. Wichtig ist mir jedoch, dass der Rahmen so gestaltet wird, dass Saatgutarbeit auch von den von Ihnen genannten Gruppen geleistet werden kann. Allerdings müssen auch von diesen die grundlegenden Qualitätsanforderungen an Saatgutarbeit erfüllt werden.

4. Züchtungsmethoden: In Deutschland gibt es eine Diskussion um neue Züchtungsmethoden, manche werden von vielen VerbraucherInnen abgelehnt (bspw. Zellfusionstechnik/CMS-Hybriden). Weder GärtnerInnen noch VerbraucherInnen können hier wählen, da eine Kennzeichnung fehlt. Werden sie sich dafür einsetzen, dass die Züchtungsmethode im Sortenregister oder auf der Saatgutverpackung ausgewiesen wird?

Grundsätzlich halte ich die Herstellung von Transparenz über die Inhaltsstoffe und Produktionsmethoden für sinnvoll. Deswegen setze ich mich auch für entsprechende Kennzeichnungspflichten ein.

5. Saatgutverfügbarkeit: Saatgutverfügbarkeit ist Daseinsvorsorge. Der bisherige Kommissionsvorschlag sieht die Möglichkeit einer Privatisierung der Sortenprüfungen und die Zentralisierung der Sortenzulassung vor. Wie wollen Sie absichern, dass in den Regionen Europas staatliches Know-How zur Erhaltung der genetischen Ressourcen, zur Züchtung und zur Sortenzulassung erhalten bleibt?

Ich bin mit Ihnen der Auffassung, dass auch in diesem Bereich der Daseinsvorsorge hinreichend staatlicher Einfluss und auch staatliche Kompetenz bestehen muss, um die Durchsetzung der grundlegenden Ziele in der Saatgutarbeit zu gewährleisten. Dies muss im Zuge einer Novellierung einer Saatgutverordnung gewährleistet werden.